54. Jahrgang. № 250. Sonnabend, 10. September 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr: Vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

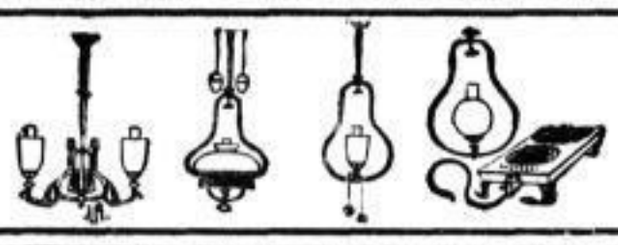
Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis mittags 12 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf. Gesamtpreis Anzeigen auf der Familienseite pro Zeile 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegbogen kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Schwemmkanalisation: Planung und Ausführung von Grundstücksentwässerungen, Klosett- und Wasserleitungsanlagen, Einholen d. behördl. Genehmigung, Erwirkung d. Renten. Auskünfte u. Kostenanschläge unentgeltl. Tel. 402. **Friedrich Gappisch,** Marienstr. 11.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 40.

Kretzschmar, Bösenberg & Co.
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Kronleuchter-Fabrik Serrestrasse No. 5/7.



Komplette Ausstattung
einer Wohnung mit Beleuchtungs-Körpern für Gasglühlicht Mk. 80, .

Hühneraugen, Hornhaut werden in wenigen Tagen beseitigt durch **Hornpflaster.** Bequem in der Anwendung, unübertroffen in der Wirkung. Karton 50 Pfg. mit genauer Anweisung. Versand nach auswärts als Muster 60 Pfg. Echt mit Wappenmarke.
Löwen-Apotheke, Dresden
Altmarkt, Ecke Wilsdruffer Strasse.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Finanzminister Dr. v. Rüger dürfte mit Ende dieses Jahres aus seinem Amte scheiden.

Lord Roberts und die englische Sondergesandtschaft wurde gestern abend vom König im Residenzschlosse in feierlicher Audienz empfangen.

Ein Schifferheim wird im Oktober in Dresden im Grundstück Pöppelmannstraße 7 eröffnet.

Der Alldeutsche Verband hält vom 9. bis 12. September in Karlsruhe seinen diesjährigen Verbandstag ab, an dem auch Vertreter der Dresdner Ortsgruppe teilnehmen.

Der Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister trat in Danzig zu seiner 25. Tagung zusammen.

Es verlautet, daß Richard Strauß auf seine Dirigentenfunktion an der Berliner Hofoper endgültig verzichtet habe und fortan nur noch die Sinfonie-Konzerte der Königl. Kapelle leiten werde.

Der Verkehr der lenkbaren Luftschiffe wird in nächster Zeit auf dem Verordnungswege reguliert werden.

Regierungsrat a. D. Martin hat gegen den Amtsrichter Meyer in Charlottenburg Antrag auf Disziplinaruntersuchung beim Justizminister eingereicht.

In Altona wurden zwei Kellner verhaftet, die in der Nacht vom 26. August aus der Brüsseler Weltausstellung 39 goldene Uhren im Gesamtwerte von 30 000 Mark gestohlen hatten.

Das belgische Königspaar begibt sich Anfang Oktober zu offiziellem Besuche des Kaisers Franz Joseph nach Wien.

Veteranenfürsorge und Deckungsfrage.

Mit dem peinlichen, tief beschämenden Bewußtsein, daß unsere alten, verdienten Krieger nicht samt und sonders noch nicht hinreichend vor der Not des Lebens geschützt sind, kann einigermaßen aussöhnen die Tatsache, daß sich allerorts Hand und Mund regt, um den Veteranen wenigstens in ihren letzten Lebensjahren zu gewähren, was ihnen das Vaterland viel zu lange schuldig geblieben ist. Eine größere Zahl von städtischen Verwaltungen hat das Los der bedürftigen Kriegsteilnehmer durch dauernden oder vorübergehenden Erlaß der Gemeindesteuer, durch Geldspenden und sonstige Ehrengaben zu erleichtern gesucht, in der Tagespresse zählen die Stimmen, die von der Reichsregierung oder der privaten Initiative schleunigstes Eingreifen fordern, wohl nach Tausenden, und zahlreiche deutsche Männer, die sich in ihrem nationalen Gewissen bedrückt, in ihrem persönlichen Empfinden verletzt fühlen, weil sie, mit vollem Rechte, die Gewährung von Unterstützungen, die die Kriegsveteranen vor Sorgen und Entbehrungen sicherstellen, als nationale Ehrenschuld ansehen, sind mit Vorschlägen und Anregungen zur Beschaffung der erforderlichen Mittel hervorgetreten. In dieser allgemeinen Teilnahme und Beteiligung offenbart sich, wie sehr in weiten Kreisen unseres Volkes, und zwar gerade in denjenigen, die sich Rechenschaft zu geben wissen von der Bedeutung der großen Einigungskämpfe für die gesamte Nation und die selbst genau so denken und fühlen wie die begeisterten Mitkämpfer auf den französischen Schlachtfeldern, der gegenwärtige Zustand der Veteranenfürsorge, der manches zu wünschen übrig läßt, als moralischer Vorwurf, als politischer Nachteil und nationale Unehre empfunden wird.

Es ist zuzugeben, daß Uebertreibungen und Irrtümer auch in dieser Frage begangen sind, oder wenigstens, daß die bereits vorhandenen Fürsorgeleistungen nicht nach ihrem vollen Werte gewürdigt werden. Das Reich ist keineswegs da stehen geblieben, wo es im Jahre 1873 durch Begründung des Reichsinvalidenfonds Stellung genommen hat. Umfaßte der Personenkreis der Unterstützungsberechtigten ursprünglich nur die nachweisbar verwundeten Kriegsteilnehmer, so wurden später, nun schon seit fünfzehn Jahren, auch die nichtinvaliden Kriegsteilnehmer, soweit sie bedürftig waren, mit Beihilfen bedacht. Der dafür benötigte Betrag, der sich im Etat für 1910 auf 23,5 Millionen Mark beläuft und im Etat für 1911 eine weitere Erhöhung erfahren wird, übersteigt einschließlich der aus dem Dispositionsfonds des Kaisers gewährten Zuwendungen die Summe der den invaliden Mannschaften aus dem Reichsinvalidenfonds zustehenden Bezüge um beinahe 8 Millionen Mark. Auch die Pensionen, die Verstümmelungs-, die Alterszulagen haben im Laufe der Zeit wiederholt erhebliche Aufbesserungen erfahren; die ersteren betragen gegenwärtig vielfach das Doppelte der ursprünglichen Höchstsätze. Der jährliche Bedarf für die Zwecke der Veteranenfürsorge erreicht nahezu die Summe von 60 Millionen Mark. Das ist ein Maß der Leistung, das Deutschland auch auf diesem Gebiete allen europäischen Nationen weit voranstellt, das aber doch, zumal mit dem zunehmenden Alter der Kriegsteilnehmer die Zahl der Bedürftigen noch immer steigt, dem vorhandenen Bedürfnis nicht entspricht.

Der Uebelstand liegt in den geltenden gesetzlichen Vorschriften über die Bedingungen, von denen die Gewährung der Beihilfen abhängig gemacht wird, besonders in der Bestimmung, daß die Erwerbsunfähigkeit dauernd unter ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes herabgemindert sein muß. Nicht in allen Fällen läßt sich ein solcher Nachweis völlig einwandfrei führen, zumal nach dem Wortlaut des Gesetzes etwaige Einkünfte des Veteranen aus dem Arbeitsertrage seiner Ehefrau, aus Zuwendungen seitens der Kinder usw. auf sein Einkommen in Anrechnung gebracht werden müssen. Das Unzulängliche, Verbitternde und Unhaltbare eines solchen Zustandes liegt auf der Hand. Im Reichstag sind in den letzten Jahren sämtliche Parteien wiederholt für die berechtigten Wünsche der Veteranen energisch eingetreten, mit dem Ergebnis, daß am 13. Juli v. J. ein aus der Initiative des Reichstages hervorgegangener Gesetzentwurf verabschiedet wurde, der die Reichsbeihilfen allen ehemaligen Kriegern zuwenden will, die sich aus einer nicht vorübergehenden Ursache in einer unterstützungsbedürftigen Lage befinden oder die das 60. Lebensjahr vollendet haben und ein Einkommen von 600 Mark nicht besitzen. Im April d. J. hat der Reichstag durch einstimmig angenommene Anträge den vorjährigen Beschluß, der wegen eines Formfehlers unausgeführt bleiben mußte — allerdings hatte sich der Reichstag um die Deckungsfrage überhaupt nicht gekümmert — in vollem Umfang bestätigt.

In diesem Jahre ist der Reichstag, der in dieser Sache sich wirkliche Verdienste erworben und den Erwartungen der Nation entsprochen hat, noch einen Schritt weiter gegangen. Der Mehrbedarf der im Sinne des erwähnten Gesetzentwurfes erweiterten Fürsorge beläuft sich schätzungsweise auf 17 bis 23 Millionen Mark. Nachdem auch jetzt wieder ein Weg zur Deckung der neuen Ausgabe sich nicht hatte finden lassen, nachdem auch die Hoffnung geschwunden war, die Zuwachssteuervorlage vor dem Eintritt in die Sommerpause zu verabschieden, was der Reichsschatzsekretär, auch im Interesse der Förderung der Veteranenangelegenheit, dringend gewünscht hatte, wurde im Reichstag die Abhaltung einer vorbereitenden Konferenz in Vorschlag gebracht, die über Beschaffung der nötigen Mittel beraten sollte. Aber auch in den beiden Konferenzen, die am 10. und 18. Juni d. J. im Reichsschatzamt getagt haben, ist die Deckungsfrage, die der Reichsschatzsekretär mit Recht pari passu mit der Fürsorgefrage gelöst wissen will, ungelöst geblieben. Ein positives Ergebnis durfte selbstverständlich nicht erwartet werden, da es sich nur um einen unverbindlichen Meinungsaustausch handeln konnte. Aber es ist auch zu bezweifeln, ob jene Aussprache die Sache überhaupt gefördert hat. Man hatte sich geeinigt, ausschließlich die verschiedenen Probleme der Wehrsteuer zu besprechen und diese Steuer auf ihre etwaige Brauchbarkeit für die Zwecke der erweiterten Veteranenfürsorge zu untersuchen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hatte schon in den Reichstagssitzungen vom 23. und 27. April d. J. schwerwiegende Bedenken gegen jedes, wie immer geartetes Wehrsteuersystem geäußert. Ganz besonders gegen diejenigen, die, der Einkommensteuer sich nähernd, in das finanzielle Interessengebiet der Einzelstaaten eingreifen würden; er dürfte diese Bedenken in der Konferenz des Näheren und sehr eingehend haben begründen lassen. Im Reichstag ist dagegen, da das Zentrum seinen früheren ablehnenden Standpunkt anscheinend nicht mehr aufrechterhalten will, mit einer sicheren Mehrheit für den Wehrsteuergedanken zu rechnen.

Demgemäß hat auch in den Konferenzen das Wehrsteuerproblem sehr entschiedene Vertretung und Fürsprache gefunden, in erster Linie durch einen Vertreter der nationalliberalen Partei, der seine Vorschläge auch der Oeffentlichkeit unterbreitet hat. Diese Vorschläge, die ganz sicher im nächsten Tagungsabschnitt des Reichstags der Erörterung unterliegen werden, gehen im wesentlichen dahin, daß die Militärpflichtigen, die angezogen sind, aber aus irgend einem Grunde nicht zur Einstellung gelangen (wobei Krankheit, Unfall usw. ausgeschlossen sind), und alle Militärpflichtigen, die, ohne mit körperlichen Schäden oder Gebrechen behaftet zu sein, nicht zur Aushebung gelangen, im Wege einer Wehrsteuer mit sehr mäßigen, durchaus erträglichen Sätzen herangezogen werden sollen, und daß die Einjährig-Freiwilligen im Falle ihrer Befreiung von der Dienstpflicht etwa ein Drittel des mutmaßlichen Aufwandes zu zahlen hätten, der ihnen in dem Dienstjahre erwachsen wäre. Leitend ist dabei der Gedanke, einen Ausgleich zu schaffen im Interesse derjenigen Mannschaften, die für ein oder mehrere Jahre ihrem Beruf oder Geschäft entzogen werden und dazu noch zum Teil sehr erhebliche Geldaufwendungen zu machen haben.

Auch andere Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung einer Wehrsteuer haben in der Oeffentlichkeit Beachtung gefunden. Jedenfalls ist nicht zu verkennen, daß das Wehrsteuerproblem, nachdem im ersten Stadium der Reichsfinanzreform von 1909 in einer Regierungsvorlage die Wehrsteuer in Verbindung mit einer Nachlaßsteuer empfohlen war, ein anderes Ansehen bekommen hat als zuvor. Dieser veränderten Lage wird sich auch die Regierung schwerlich ganz entziehen können.

Neben der Wehrsteuer, auch an ihrer Statt, wird an die Zuwachssteuer gedacht. Ein solcher Modus würde durchaus dem Wunsche des Reichsschatzsekretärs entsprechen, der seinerzeit die Zuwachssteuer-Vorlage beschleunigen zu können meinte, indem er sich bereit erklärte, einen Teil der aus ihr zu erwartenden Einnahmen für die Zwecke der Veteranenfürsorge abzuzweigen. Der Reichstag ist darauf nicht eingegangen; in den Kommissionsverhandlungen über die Zuwachssteuer haben sich so zahlreiche Schwierigkeiten ergeben, daß das Schicksal dieser Steuer, zu deren Einführung die Regierung durch das Finanzgesetz vom 15. Juli 1909 verpflichtet ist, heute noch zweifelhaft ist. Keinesfalls darf aber der Ertrag der Steuer überschätzt werden, jetzt noch weniger als früher, hat doch Staatssekretär Wermuth seinerzeit erklärt, daß das Gesetz, wenn es nicht alsbald nach seiner Einbringung zustande käme, viel von seiner Wirkung verlieren müßte. Der Ertrag der Steuer würde also zur Deckung der benötigten 17 bis 23 Millionen Mark höchstwahrscheinlich nicht ausreichen, selbst wenn man, einem in der „Kreuzztg." gemachten Vorschlage folgend, ihr ganzes Aufkommen, unter Beibehaltung der hundertprozentigen Erhöhung des Grundstücksübertragungsstempels, für den Veteranenbedarf verwenden wollte.

Neben der Zuwachssteuer wird also das Wehrsteuerproblem im Auge behalten werden müssen. Aber schließlich kommt es nicht darauf an, wie die Deckungsfrage gelöst wird, sondern daß sie gelöst wird. Der toten Helden der großen Zeit gedenkt die Gegenwart im Herzen und mit äußeren Ehren- und Ruhmeszeichen. Aber auch die überlebenden Teilnehmer der großen Kriege haben gerechten Anspruch auf den Dank des Vaterlandes. Diesen in würdiger und genügender Weise abzutragen, ist einfach Pflicht und Schuldigkeit der lebenden Generation. Bei dem hohen Alter der Veteranen ist es die höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen; deshalb ist dringend zu fordern, daß Bundesrat und Reichstag schleunigst dem allgemeinen Volksempfinden und Volkswillen entsprechen, damit, wenn der vierzigste Gedenktag des neuen Deutschen Reiches herankommt, die Klagen über Notstände alter deutscher Krieger der Vergangenheit angehören.

Neueste Drahtmeldungen

vom 9. September.

Kaisermanöver.

Preußisch-Holland. (Priv.-Tel.) Bei dem roten (1.) Korps baute die erste Infanteriedivision im Laufe des gestrigen Tages eine Stellung auf, die, von Süden nach Norden, sich von Grünhagen nach Rogehnen zog und sich mit nach Norden zurückgebogenem rechten Flügel östlich von Preußisch-Holland fortsetzt. Nach Westen waren noch bei Mäcken und Talpitten starke Feldbefestigungen vorgeschoben. Die Stellung ist sehr fest. Ueberall sind tiefe Laufgräben angelegt. Die Geschütze sind eingegraben. Das Gelände ist allenthalben wieder einge-